

José GROMMES (ProDG-Fraktion)
PDG, 15. Dezember 2021

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltsdebatte 2021

Themenbereiche: Fachausschuss IV

Sehr geehrter Herr Präsident,

werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

bis zum jetzigen Zeitpunkt haben wir während unserer Haushaltsdebatten die Wörter 'Corona' und 'Krise' schon unzählige Male in diesem Haus gehört. Die Covid-19-Pandemie wurde in den bisherigen Haushaltsrunden schon aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln analysiert. Zur Vermeidung von Wiederholungen habe ich mir heute felsenfest vorgenommen, die aktuelle Pandemie nur am Rande meiner Rede anzusprechen.

Natürlich bestimmt die Pandemie unseren Alltag. Aber manchmal stelle ich mir ernsthaft die Frage, wer eigentlich ein Interesse daran hat, die Fronten weiter zu verhärten und die Gesellschaft in diesem Maße zu spalten. Ob hier wirklich die Sorge um das Wohl der Menschen im Mittelpunkt steht, oder nicht doch eher eigene Interessen, sei mal dahingestellt. Aber wie gesagt, ich werde dieses Thema heute bewusst außen vor lassen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, - wen wundert's, mir geht es heute in meiner Rede insbesondere um die Gesundheitspolitik unserer Gemeinschaft.

An erster Stelle richte ich meine Aufmerksamkeit auf die Ist-Situation und auf die Zukunft unserer beiden Krankenhäuser.

In der Bevölkerung entsteht zunehmend der Eindruck, dass in unseren Krankenhäusern in der DG nicht alles im Lot sei.

Klar sind es allgemeine Faktoren, die eine Rolle spielen. Zum einen ist dies der jetzigen epidemiologischen schwierigen und ungünstigen Situation geschuldet, zum anderen, dem enormen Fachkräftemangel mit der dazugehörigen Diskussion über die Gehälter im Pflegebereich, die ohne jeglichen Zweifel dringend neu verhandelt werden müssen!

Aber dies allein ist es nicht, was die lokale Bevölkerung hellhörig machte. Gewisse personelle Änderungen, sei es auf Direktions- oder Ärzteschaftsebene, oder andere Negativschlagzeilen in der lokalen Presse, führten zu einem verzerrten Bild und gaben Anlass zur allgemeinen Verunsicherung.

Aus diesem Grund habe ich letzte Woche bei der Anhörung der beiden Krankenhäuser im Ausschuss 4 nachgefragt, wie denn nun der aktuelle Stand der Dinge in Bezug auf die künftige Standortsicherung unserer beiden Krankenhaus-Strukturen konkret ist.

Beide Verwaltungsratspräsidenten, beide diensttuenden ärztlichen Leiter und beide Direktoren bestätigten uns im Ausschuss sowohl eine immer besser funktionierende Zusammenarbeit zwischen beiden Häusern als auch im Verbund mit dem CHC.

Zahlreiche Dinge wurden und werden gemeinsam angepackt und Ziele konkret umgesetzt.

Regelmäßige Treffen eines mit hochrangigen Delegierten beider Krankenhäuser besetzten Gremiums, ein gemeinsames IT-Konzept, ein gemeinsamer Businessplan, der Austausch von Ärzten und die Reformierung beider Finanzdienste sind nur einige, aber sehr wichtige

Punkte, die ich hier erwähnen möchte.

Die in meinen Augen wichtigste Aussage war die, dass sich eine große Vertrauensbasis zwischen den Verwaltungsräten und den ärztlichen Leitern beider Häuser in der letzten Zeit entwickelt hat.

Ebenfalls positiv wirkt sich - nach Ansicht der direkt Betroffenen - die gemeinsame Arbeit im Netzwerk auf die Gesamtsituation unserer Kliniken aus.

In gewissen Bereichen wird gar konkret über eine mögliche Zusammenarbeit mit der Klinik Moresnet nachgedacht.

All dies stimmt mich persönlich sehr optimistisch und ich kann somit nicht die vielerorts verbreitete Skepsis in der Bevölkerung bestätigen.

Doch wer trägt Schuld an diesem allgemein verunsicherten Image unserer Krankenhäuser?

Der ehemalige Verwaltungsratspräsident der Sankt-Vith-Klinik - Christian Krings - sieht einen Teil der Verantwortung in der Politik und richtete in der Anhörung vom 8. Dezember sogar die Bitte an einige Ausschussmitglieder explizit jener seiner eigenen Partei, der CSP, gewisse Fragen doch sofort den betroffenen Kliniken zu stellen und sich nicht medienwirksam bei öffentlichen Anhörungen an den Gesundheitsminister zu wenden. Dies sei umso mehr erforderlich, weil viele dieser in öffentlichen Ausschusssitzungen gestellten Fragen Aspekte betreffen, gar nicht im Zuständigkeitsbereich des Ministers liegen.

Die Verantwortung hierfür liegt meines Erachtens nach aber nicht nur bei den Politikern, auch die Kommunikation der Kliniken selbst sollte wesentlich verbessert werden.

Dies wird ein nächster wichtiger Schritt sein, den man in naher Zukunft in Angriff nehmen möchte, so lautete die Aussage der beiden Verwaltungsratsvorsitzenden im Ausschuss.

Leider kam nicht mal 24 Stunden später die medial verbreitete Nachricht, dass ein Facharzt, dessen Vertrag im Eupener Sankt-Nikolaushospital aus diversen Gründen nicht verlängert wurde, jetzt in der Sankt-Vithers Sankt-Josef Klinik herzlichst empfangen und dort seine Zelte aufschlagen wird.

Dieser Vorfall bestätigt, dass es für beide Seiten noch viel Arbeit zu leisten gilt. Die uns im Ausschuss geschilderten Fortschritte in der Zusammenarbeit beider Kliniken geben jedoch massiven Anlass optimistisch in die Zukunft zu blicken. Dass den Worten auch Taten folgen, davon konnte ich mich in der heutigen Grenzecho-Ausgabe überzeugen.

Darum mein Apell: Wir sollten geschlossen den Krankenhäusern zur Seite stehen und dies auf allen Ebenen! Sowohl hier im Parlament, auf Seiten der Gemeinden aber auch auf Seiten des Personals und der Bevölkerung.

Wir brauchen ein starkes Miteinander unseren Kliniken, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Nur so können wir unsere beiden Standorte sichern.

Dass die DG - trotz nur teilweiser Zuständigkeit – die Krankenhäuser tatkräftig mit finanziellen Mitteln unterstützt, scheint vielen als selbstverständlich! Das ist es aber nicht! Das möchte ich an dieser Stelle deutlich erwähnen.

Einen zweiten Aspekt möchte ich in meiner Stellungnahme kurz behandeln: die DG investiert im Gesundheitswesen in allgemeine Präventionsprojekte und dies in verschiedenen Bereichen.

Auf einen Bereich möchte ich meine besondere Aufmerksamkeit richten.

„Gesundes Ostbelgien“ heißt das Projekt und ist so im REK festgehalten worden. Von der Versorgung hin zur Selbstbestimmung und Gleichberechtigung.

In einer ländlichen Region, wie wir sie nun einmal sind, wird die Gesundheitsversorgung vor große Herausforderungen gestellt.

Der Fachkräftemangel, die Alterung der Bevölkerung, das verstärkte Auftreten von chronischen und anderen Krankheiten, die technisch medizinische Entwicklung, sowie die Finanzierbarkeit des Systems..., um nur einige Problemzonen zu benennen.

In meinen Augen besteht für die DG hier die große Chance, dank der Autonomie, in einem Pilotprojekt Vorreiter für unser Land zu werden.

Die Akteure aus dem ostbelgischen Gesundheit-, Sozial und Sportbereich haben sich zum Ziel gesetzt, ein integriertes Gesundheitssystem in der Region zu etablieren. Dies zum Wohle aller, ob bei Langzeitkrankheiten, psychischen und mentalen Beschwerden, Allergien oder anderen körperlichen Beschwerden.

Durch eine frühzeitige Investition in die Gesundheit des Bürgers soll mittel- und langfristig das Auftreten vermeidbarer Krankheiten eingeschränkt werden.

Zusammengefasst kann dieses Konzept den Verlauf abschwächen, ihr Auftreten verzögern oder gar das Auftreten von Folgeerkrankungen eindämmen.

Alle Krankenkassen, Apotheken, Krankenhäuser und viele andere Gesundheitsakteure in Ostbelgien sind bereit, an diesem Projekt mitzuarbeiten. Dies ist eine einmalige Gelegenheit, die wir beim Schopf packen sollten und geschlossen beim LIKIV und der Föderalregierung

hierfür eintreten, damit dies genehmigt und eine vernünftige Finanzierung gewährleistet werden kann.

Dieses Projekt in die Tat umzusetzen, braucht natürlich Zeit. Viele genaue Analysen, gezielte Einbindung von technischem und fachlichem Know-how, sowie die Anpassung an unseren ländlichen Charakter sind hierfür verantwortlich.

Aber, es lohnt sich, dafür hart zu arbeiten und sich gemeinsam dafür einzusetzen.

Mit diesem Projekt können wir sicherlich auch den Bürgerinnen und Bürgern der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Mehrwert unserer Autonomie deutlich näherbringen.

Welche Möglichkeiten uns dank unserer Eigenständigkeit auch im Gesundheits- und Sozialwesen der DG zur Verfügung stehen, spüren manche Mitbürger sicherlich erst dann, wenn sie einmal nicht mehr vorhanden sind. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass heutzutage auch bei uns alles zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Wir werden immer mehr zu einer Gesellschaft mit zig Rechten aber sehr wenig Pflichten.

Sie haben es sicherlich bemerkt, ich habe bewusst in meiner Rede auf das Aufzählen von Zahlen verzichtet, die belegen sollen, wieviel unsere Gemeinschaft in den letzten Jahren zusätzlich an Geld in die Gesundheit unsere Bevölkerung investiert hat.

Es würde eh in manchen Kreisen, auch in diesem Haus, als eine Selbstbeweihräucherung seitens der Regierungsparteien abgetan. Dies haben wir nicht nötig!

Einen letzten Abschnitt in meiner Rede widme ich einem persönlichen

Ereignis der letzten Tage. Der Nikolaus besuchte eine hiesige Schule. Natürlich hat auch er, der heilige Mann, die Schutzmaßnahmen und Hygienekonzepte eingehalten. Selten war es in den letzten über dreißig Jahren so schön und ergreifend wie in diesem Jahr.

Alle Kinder - vom Kindergarten bis hin zum sechsten Schuljahr - trugen beim Besuch korrekt ihre Masken und erstaunlicher Weise, spielte kein Kind daran herum oder motzte.

Die Stimmung war sehr herzergreifend. Die zahlreichen Fragen, die die Kinder an den Nikolaus richteten, wurden mit viel Respekt gestellt und die Darbietungen aller Gruppen wurden selten so emotional und mit so viel Herzblut vorgetragen.

Der Nikolaus war zutiefst beeindruckt und stellte fest: „Von Euch, liebe Kinder, können die Erwachsenen noch sehr viel lernen, besonders jetzt, in Krisenzeiten. Zum einen, aus jeder Situation das Beste zu machen und zum anderen, gerade in der Krise enger zusammen zu rücken, zusammen zu halten und dann gemeinsam etwas Schönes auf die Beine zu stellen,- anstatt sich immer weiter auseinander zu dividieren und zu radikalieren, wie es in der Erwachsenenwelt leider heute der Fall ist.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
José Grommes (ProDG-Fraktion)